

Nationalsozialismus ist eine rassistische, antisemitische und antidemokratische Weltanschauung, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist. Der zweite Weltkrieg und die Verbrechen des Nationalsozialismus haben damals ungefähr 50 Millionen Menschen das Leben gekostet. Im 3. Reich sind mehr als 6 Millionen Menschen, überwiegend Juden, in Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet worden. Es waren Menschen wie du und ich und sie wurden getötet, weil sie eine andere Hautfarbe, politische Einstellung oder Religionszugehörigkeit hatten. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wünschten sich viele Menschen in Österreich ein endgültiges Ende dieser verbrecherischen Ideologie und es wurde das **Verbotsgesetz** erlassen.

In diesem Gesetz ist festgelegt, dass alle Versuche einer **Wiederbetätigung** des Nationalsozialismus unter Strafe stehen. Es ist auch nicht erlaubt, den Nationalsozialismus zu verherrlichen oder die Verbrechen, die unter dieser Herrschaft begangen wurden, zu leugnen. Wer gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes verstößt, muss sich vor einem Geschworenengericht verantworten und im schlimmsten Fall kann es zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommen.

Wiederbetätigung des Nationalsozialismus

Das Verbotsgesetz gegen den Rechtsradikalismus soll sicherstellen, dass niemand fürchten muss, aufgrund seiner Religion, seines Aussehens, seiner Herkunft oder politischen Gesinnung verfolgt zu werden.

Wenn dir etwas auffällt, wenn du dich vertrauensvoll melden möchtest:

meldestelle@bvt.gv.at



Jede sonstige Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die nicht unter das Verbotsgesetz fällt, stellt eine Verwaltungsübertretung dar und wird mit bis zu € 2.180,- bestraft.

Es gibt viele unterschiedliche rechtsextreme Gruppen. Menschen die heute noch (oder wieder) die Weltanschauung der Nationalsozialisten teilen, nennt man zum Beispiel **Neonazis, Rechtsradikale oder Skinheads**. Wie auch immer diese Gruppierungen heißen, sie haben alle gemein, dass sie unsere Demokratie ablehnen und auch vor gewalttätigen Übergriffen nicht zurückschrecken. Sie vertreten ausländerfeindliche Standpunkte, sind gegen bestimmte Religionen (vor allem gegen das Judentum und den Islam) sowie gegen soziale Minderheiten. Sie versuchen, junge Menschen von ihrer politischen Sichtweise zu überzeugen. **Dabei wenden sie sich vor allem an Jugendliche, die sie für schutzlos und leicht beeinflussbar halten.**

Durch das Tragen von Abzeichen oder das Benutzen von Symbolen (wie den sogenannten **Hitlergruß** oder das **Hakenkreuz**) machen sich rechtsextreme Verbindungen nach den

zuvor genannten Gesetzen strafbar. Aber auch Kindern und Jugendlichen muss bewusst sein, dass die Verbreitung des Hakenkreuzes oder eines sonstigen nationalsozialistischen Zeichens über Facebook oder WhatsApp ebenfalls den Tatbestand der Verhetzung erfüllt. Auch fremdenfeindliche oder islam- und asylfeindliche Äußerungen auf sozialen Medien sind nicht erlaubt. Solche Dinge sind kein Kavaliersdelikt!

Wenn auf einer Web-Seite oder in einer News-Group Beiträge mit neonazistischen, rassistischen oder antisemitischen Inhalten auftauchen, kann diese Wahrnehmung bei der Meldestelle NS-Wiederbetätigung unter

Als politisch »Links« bezeichnet man jene Einstellungen, die sich vor allem gegen Macht bzw. Machtmissbrauch sowie gegen jede Form der Unterdrückung und Ausbeutung richten. Ebenso steht »linke« Politik tendenziell der Begründung von Privateigentum an wichtigen (industriellen) Produktionsmitteln kritisch gegenüber, da dies nach Ansicht prominenter Vertreter dieser Ideologie zwangsläufig zur Ausbeutung der Arbeitskräfte führe (diese Meinung vertrat vor allem der Philosoph Karl Marx, weshalb in diesem Zusammenhang oft vom sogenannten »Marxismus« gesprochen wird). Das Spektrum »linker« Politik ist allerdings sehr weit gefasst und beherbergt viele unterschiedliche politische Strömungen, die hier nicht alle im Detail erörtert werden können (so z.B. der sogenannte »Anarchismus«, der sich grundsätzlich gegen jede Form staatlicher Organisation und Ordnung richtet).

Als »linksextrem« bezeichnet man derartige politische Einstellungen dann, wenn sie über die Diskussion hinaus auch mit der Bereitschaft verbunden sind, zur Durchsetzung politischer Absichten sogar Gewalt gegen Menschen oder Sachen anzuwenden. Da dies den Grundwerten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fundamental widerspricht, ist und bleibt Gewaltanwendung auch dann strafbar, wenn damit gegen tatsächliche oder behauptete Missstände im Staat bzw. in der Gesellschaft aufmerksam gemacht werden soll.

So stellt z. B. das Einschlagen von Fensterscheiben oder das Beschmieren von Hausfassaden auch in »guter Absicht« eine Sachbeschädigung dar und kann zu einer gerichtlichen Vorstrafe führen. Auch Haus- oder Grundstücksbesetzungen ohne Einwilligung des Verfügungsberechtigten sind rechtswidrig und können dazu führen, dass zivilrechtliche Schadenersatzforderungen gegen Besetzer erhoben werden.

Linksex- tremismus